

# Kurt Hager beantwortete Fragen der Illustrierten „Stern“

Kurt Hager, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, gab am 20. März der Hamburger Illustrierten „Stern“ ein Interview, das die Zeitschrift in ihrer Ausgabe vom 9. April veröffentlichte. Das Interview hat folgenden Wortlaut:

**FRAGE:** Die SED-Führung unterstützt die von Michail Gorbatschow eingeleiteten Reformen in der Sowjetunion. Zugleich betont die DDR ihre Eigenständigkeit. Sind die Zeiten vorbei, in denen das Land Lenins für deutsche Kommunisten Vorbild war?

**ANTWORT:** Die DDR und die Sowjetunion sind Verbündete. Sie haben einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand abgeschlossen. Zwischen den Völkern beider Staaten besteht eine feste, unzerstörbare Freundschaft, die in direkten Beziehungen von Betrieben, Hochschulen und anderen Einrichtungen sowie zahllosen persönlichen Begegnungen ihren Ausdruck findet. SED und KPdSU sind Bruderparteien und tauschen regelmäßig ihre Erfahrungen aus, um voneinander zu lernen. So war es, so ist es, und so wird es auch in Zukunft sein.

**FRAGE:** Es gilt also nicht mehr die Parole: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“?

**ANTWORT:** Ich erinnere daran, daß der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, auf dem XI. Parteitag der SED im April 1986 sagte: „Sie wissen, daß unsere Partei und unser Volk in all den Jahren seit dem Kriege an Ihrer Seite standen, stets bereit, dem jungen Staat der Werktätigen zu helfen. Wir waren treue Freunde und Verbündete der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Deutschen Demokratischen Republik, und wir bleiben es für alle Zeiten.“

Sie können also davon ausgehen, daß es vergebliche Mühe wäre, einen Keil zwischen die DDR und die Sowjetunion zu treiben oder Differenzen zwischen der SED und der KPdSU zu konstruieren.

**FRAGE:** „Perestrojka“, Umgestaltung also auch in der DDR?

**ANTWORT:** Bekanntlich hat der XXVII. Parteitag der KPdSU im Interesse der weiteren Stärkung des Sozialismus wichtige Beschlüsse zur Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung der Sowjetunion gefaßt. Bereits in seiner Grußansprache an den XXVII. Parteitag betonte der Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, daß die Verwirklichung dieses Aktionsprogramms für das Wohl des Sowjetvolkes von grundlegender Bedeutung und zugleich von entscheidendem internationalem Gewicht ist.

Auch bei zahlreichen anderen Gelegenheiten haben wir gegenüber dem Sowjetvolk und seiner kommunistischen Partei unsere Überzeugung geäußert, daß die vom XXVII. Parteitag eingeleitete Umgestaltung, die Überwindung ungünstiger Tendenzen und Schwierigkeiten, die in den 70er Jahren und Anfang der 80er Jahre aufgetreten waren, von Erfolg gekrönt sein wird, geht es doch darum, das gewaltige materielle und geistige Potential der Sowjetunion voll zur Entfaltung zu bringen und damit den Sozialismus weiter zu vervollkommen und zu stärken.

**FRAGE:** Das klingt sehr danach, als hätte die SED am liebsten mit alldem nicht viel zu tun.

**ANTWORT:** Wir deutschen Kommunisten haben dem Land Lenins stets große Achtung und Bewunderung entgegengebracht, und daran wird sich nichts ändern. Wir würdigen in diesem Jahr den 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, die zum Sturz der Kapitalisten und Großgrundbesitzer und zur Errichtung des ersten sozialistischen Staates in der Geschichte führte und den Sozialismus in den 20er und 30er Jahren, vor allem die Industrialisierung und Kollektivierung, möglich machte. Wir wissen, daß die Sowjetunion die Hauptlast des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus trug, und vergessen nie, daß ihr vor allem unser Volk die Befreiung vom Naziregime verdankt. Wir haben uns die Lehren Lenins, insbesondere die Theorie der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus sowie die Lehre von der Partei, angeeignet und aus dem reichen Erfahrungsschatz der KPdSU Nutzen gezogen.

Dies bedeutete jedoch auch in der Vergangenheit nicht, daß wir alles, was in der Sowjetunion geschah, kopierten.

**FRAGE:** Ein hartes Wort...

**ANTWORT:** Schon im Aufruf des ZK der KPD vom 15. Juni 1945 heißt es: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzu-

zwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den Entwicklungsbedingungen in Deutschland.“ Übrigens kopiert die Sowjetunion auch nicht die DDR. Es scheint, daß westliche Medien an diesem Thema vom „Kopieren“ interessiert sind, weil es in ihr Trugbild von der „Hand Moskaus“ oder von der angeblichen Einförmigkeit und Eintönigkeit des Sozialismus paßt. Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?

**FRAGE:** Es gibt also einen eigenständigen deutschen Weg zum Sozialismus?

**ANTWORT:** Natürlich lernen alle sozialistischen Länder voneinander, haben sie doch grundlegende Gemeinsamkeiten wie den Marxismus-Leninismus als Weltanschauung und das gemeinsame Ziel, den Sozialismus und Kommunismus. Aber jedes sozialistische Land hat auch einen bestimmten ökonomischen und sozialen Entwicklungsstand, historische und kulturelle Traditionen, geographische und andere Gegebenheiten, die berücksichtigt werden müssen. Jede Partei trägt vor ihrem Volk die Verantwortung und wirkt für dessen Wohl. Sie leistet zugleich durch ihre Politik einen Beitrag zur gemeinsamen Sache des Sozialismus, zur Stärkung und Festigung der sozialistischen Gemeinschaft.

So verfolgt die SED in ihrer Innen- und Außenpolitik konsequent den Kurs, der vom VIII. Parteitag 1971, im Parteiprogramm von 1976 und vom XI. Parteitag 1986 festgelegt wurde. Darin besteht, wie Sie sagen, unsere Eigenständigkeit bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Daß wir mit unserer ökonomischen Strategie, mit der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit der Entwicklung und Anwendung von Schlüsseltechnologien, mit dem Bildungswesen und anderen Leistungen eine gute Position erreicht haben, ist heute auch international anerkannt.

**FRAGE:** Diese Bilanz gilt allenfalls für die Wirtschaftspolitik.

**ANTWORT:** Was die Außenpolitik, besonders die Sicherung des Friedens anbelangt, so unterstützen wir vollinhaltlich das von Michail Gorbatschow unterbreitete Friedensprogramm des Sozialismus, von dem kühnen Vorschlag, bis zum Jahr 2000 die Welt von allen Atomwaffen zu befreien, über die in Reykjavik dargelegten Ideen zur Sicherung des Friedens auf der Erde und im Kosmos bis zur jüngsten sowjetischen Initiative, alle amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa zu beseitigen. Es gibt in der Gegenwart nichts Wichtigeres als die Erhaltung des Friedens. Auch dazu leisten die SED und die DDR einen eigenständigen Beitrag. Ich erinnere an die Vereinbarung von SED und SPD zur Schaffung eines atomwaffen- und chemiewaffenfreien Korridors in Europa. Bekanntlich hat sich Erich Honecker an den Bundeskanzler der BRD, Helmut Kohl, mit dem Vorschlag gewandt, der Beseitigung der Mittelstreckenraketen zuzustimmen und Gespräche von Vertretern beider deutscher Staaten über Fragen der Abrüstung aufzunehmen.

**FRAGE:** Der polnische Parteichef Wojciech Jaruzelski hat erklärt, Gorbatschow wolle mit seinen radikalen Veränderungen den Sozialismus vor der Erstarrung bewahren. Teilen Sie diese Ansicht?

**ANTWORT:** Der Sozialismus ist eine junge Gesellschaftsordnung. Er beschreitet neue Wege und verlangt ständig schöpferische theoretische und praktische Lösungen jener Probleme, die seine weitere Gestaltung und Vervollkommen, besonders durch die Anwendung der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution, ermöglichen. Diese Notwendigkeit erfordert es, hemmende Faktoren wie Stagnation, Zurückbleiben oder gar Erstarrung zu vermeiden bzw. zu überwinden. Dies hat, denke ich, Wojciech Jaruzelski gemeint. Wie auch unsere Erfahrungen beweisen, ist der Sozialismus fähig, große gesellschaftliche Kräfte und Potenzen zu entfalten, immer neue Initiativen der Werktätigen auszulösen, um weiter voranzuschreiten. Dies hat die Entwicklung der DDR seit dem VIII. Parteitag 1971 eindeutig bewiesen.

Die Einführung der Mikroelektronik und anderer Schlüsseltechnologien, die Bildung der Kombinate in Industrie und Bauwesen sowie der Kooperationsräte in der Landwirtschaft, das einheitliche sozialistische Bildungssystem — all dies sind schöpferische Leistungen, die sich im Leben bewähren.



Kurt Hager, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED.

**FRAGE:** ... aber nicht die Überlegenheit des Sozialismus im Systemwettbewerb beweisen.

**ANTWORT:** Doch. Und im übrigen bin ich der Meinung, daß von einer tatsächlichen unheilbaren Erstarrung nicht der Sozialismus, sondern die kapitalistische Gesellschaft bedroht ist. Denn sie ist — im Gegensatz zum Sozialismus — nicht in der Lage, die sozialen Probleme der Völker zu lösen. Davon zeugen die Massenarbeitslosigkeit in den kapitalistischen Industriestaaten, der Ruin der Bauern, der Untergang ganzer Regionen durch Betriebsstillegungen, die „neue Armut“ und viele Erscheinungen des moralischen und geistigen Verfalls, die aller äußerliche Glanz dieser Gesellschaft nicht verbergen kann.

**FRAGE:** Meinungsverschiedenheiten unter Verbündeten sind nicht ungewöhnlich. Sie werden im sozialistischen Lager nur nicht so offen ausgegossen wie im Westen. Wie denken Sie zum Beispiel über die Wahl von Betriebsdirektoren durch die Belegschaft?

**ANTWORT:** Die Feststellung, daß Meinungsverschiedenheiten im sozialistischen Lager nicht so offen diskutiert werden wie im kapitalistischen, halte ich für sehr fragwürdig. Immer wieder wird man davon überrascht, wie lange Meinungsverschiedenheiten von NATO-Staaten unter der Decke ausgegossen werden. Mit großem Tamtam werden sie dann plötzlich ans Licht gezerrt, zum Teil erst, wenn sie die heiße Zone der Auseinandersetzung überschritten haben. Zum Teil werden diese Meinungsverschiedenheiten geradezu als Verschlussache behandelt.

**FRAGE:** Und die von Gorbatschow vorgeschlagene Wahl der Betriebsdirektoren?

**ANTWORT:** Das ist für uns kein Diskussionsproblem. Es bleibt jedem Land überlassen, welche Lösung es wählt. Wir haben seit vielen Jahren die Erfahrung gemacht, daß es gut ist, wenn an der Spitze eines Betriebes möglichst viele Jahre ein Werkleiter steht, der eine entsprechende Qualifikation besitzt und in der Lage ist, die Produktion mit hoher Effektivität und Qualität, mit Gewinn zu organisieren. Leiter, die diese Eigenschaften besitzen und ein enges Vertrauensverhältnis zur Belegschaft haben, werden bei uns nach entsprechender politischer und fachlicher Vorbereitung eingesetzt. Das hat sich bewährt. Es sind zumeist ehemalige Arbeiter, die ihren Betrieb ausgezeichnet kennen.

**FRAGE:** Sie werden eingesetzt, nicht gewählt.

**ANTWORT:** Mir ist kein Beispiel bekannt, daß ein Manager eines Konzerns in der BRD oder einem anderen kapitalistischen Land durch die Belegschaft gewählt worden wäre. Weshalb also ein solches Interesse daran, ob im Sozialismus Betriebsdirektoren gewählt werden? Wollen Sie etwa beim „Stern“ damit anfangen?

**FRAGE:** Die sozialistische Demokratie, sagt Generalsekretär Erich Honecker, sei der bürgerlichen hoch überlegen. Widerlegt Michail Gorbatschows Umgestaltung der Verhältnisse zwischen Bürger und Staat nicht diese These? Wenn die Ausstrahlung des realen Sozialismus wirklich so groß wäre, brauchte man an diesem Modell nichts zu ändern.

**ANTWORT:** Die KPdSU ist bestrebt, die sozialistische Demokratie in der Sowjetunion zu vervollkommen. Sie betrachtet, wie ich weiß, den von ihr eingeschlagenen Weg nicht als Modell für die anderen sozialistischen Länder.

**FRAGE:** Also kein Handlungsbedarf in der DDR?

**ANTWORT:** Was die DDR anbelangt, so bedeutet Demokratie bei uns, daß Millionen Bürger in Parteien und Massenorganisationen, in Volksvertretungen, verschiedenen Verbänden und Interessengruppen, gesellschaftlichen Kommissionen und Aktiven, in den Haus- und Wohngemeinschaften mitwirken und ihre demokratischen Rechte wahrnehmen. Diese Demokratie ist lebendig und wird ständig weiterentwickelt.

Ich greife nur zwei Beispiele heraus: Mehr als 260 000 Abgeordnete und Nach-

folgekandidaten der gewählten Volksvertretungen sorgen bei uns gemeinsam mit weiteren 450 000 Bürgern in Kommissionen und Ausschüssen dafür, daß die Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle der Durchführung aller für das Leben der Bürger wichtigen staatlichen Entscheidungen im engen Kontakt mit den Wählern erfolgt.

In der Zusammensetzung unserer Volksvertretungen von der Volkskammer bis zur letzten Gemeindevertretung findet die Realität unserer Demokratie Ausdruck, denn sie widerspiegelt exakt die politische und soziale Gliederung unserer Bevölkerung. So bestehen in der Volkskammer 10 Fraktionen, die alle 5 politischen Parteien und die Massenorganisationen vertreten. So haben alle Klassen und Schichten, die Arbeiter und die Bauern, die wissenschaftliche und künstlerische Intelligenz wie der Mittelstand, die Jugend und die Frauen teil an der Ausübung der Arbeiter- und Bauern-Macht.

Ein entscheidendes Merkmal der sozialistischen Demokratie in der DDR besteht darin, daß sie namentlich in der Volkswirtschaft, das heißt in der wichtigsten Sphäre des Lebens der Menschen, der Sphäre der Arbeiter, die umfassende Mitwirkung der Werktätigen an der Leitung und Planung aller wirtschaftlichen Prozesse garantiert. Hier zeigt sich besonders deutlich, daß die sozialistische Demokratie, wie Lenin sagte, millionenfach demokratischer als jede bürgerliche Demokratie ist.

**FRAGE:** Sehen das die Bürger in der DDR auch so?

**ANTWORT:** Vor allem muß man die Rolle der Gewerkschaften mit ihren 9,5 Millionen Mitgliedern in unserem Lande hervorheben, deren Stellenwert unter anderem in umfassenden Rechten Ausdruck findet, die in der Verfassung der DDR und im Arbeitsgesetzbuch verankert sind. Auf ihrer Grundlage beteiligen sich Millionen Gewerkschaftsmitglieder und faktisch alle Organe der Gewerkschaften in mannigfacher Weise — vor allem in den Plandiskussionen und im sozialistischen Wettbewerb — unmittelbar daran, die Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu meistern und im Einklang damit die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Betrieben und Territorien zu entwickeln.

Heute ist nach dem bewährten Grundsatz „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ jeder dritte Bürger der DDR in einer ehrenamtlichen Funktion in die Leitung von Staat und Gesellschaft einbezogen. So ist die sozialistische Demokratie unverzichtbarer Bestandteil des Alltags der Bürger in unserem Lande. Ich kenne kein kapitalistisches Land, wo eine solche reale Demokratie, eine solche breite Mitwirkung der Bürger an den Angelegenheiten von Staat und Gesellschaft existiert. Oder wollen Sie behaupten, daß in der BRD jeder dritte Bürger eine ehrenamtliche Tätigkeit in Staat und Gesellschaft ausübt?

**FRAGE:** In der DDR wächst das Interesse an den Vorgängen in der Sowjetunion. Trotzdem berichten die DDR-Medien eher zurückhaltend. Ist es wirklich im Interesse der DDR, wenn die sowjetische Botschaft Gorbatschows ZK-Rede — an andere Missionen mit dem begleitenden Satz verschickt, es handele sich hier um den vollständigen Wortlaut?

**ANTWORT:** Woher Sie die Weisheit haben, daß unsere Medien zurückhaltend über die Sowjetunion berichten, ist mir schleierhaft. Abgesehen von der Berichterstattung aller Massen-

medien haben wir eine besondere illustrierte — die „Freie Welt“ — sowie die Zeitschrift „Presse der Sowjetunion“, die in der Hauptsache über die Sowjetunion informieren. Sogar die Medien Ihres Landes konnten sich mit unserer Hilfe mit dem Wortlaut der Rede Michail Gorbatschows vertraut machen. Allerdings steht dann die Praxis so aus, daß Presse, Rundfunk und Fernsehen der BRD diese Kenntnis mehr als zurückhaltend verwerten.

**FRAGE:** Zurückhaltender als die DDR-Medien?

**ANTWORT:** Was die Berichterstattung über die Tagung des ZK der KPdSU am 27. und 28. Januar dieses Jahres angeht, so sind die Rede und das Schlußwort Michail Gorbatschows auf diesem Plenum in vollem Wortlaut als Broschüre in unserem Parteiverlag, dem Dietz Verlag Berlin, erschienen. Zurückhaltung kann man uns da wahrlich nicht vorwerfen. Es ist ja keinesfalls die Regel, auch nicht in der Sowjetunion oder anderen sozialistischen Ländern, daß Reden auf ZK-Tagungen der Bruderparteien im Wortlaut veröffentlicht werden.

Sollten Sie allerdings in unseren Medien Spekulationen über die Entwicklung in der Sowjetunion vermissen — wie sie aus durchsichtigen Motiven in BRD-Medien gang und gäbe sind —, so werden Sie auch in Zukunft nicht auf Ihre Rechnung kommen.

**FRAGE:** Auf dem jüngsten Kongreß der sowjetischen Journalisten wurde von mehreren Rednern gefordert, die Massenmedien sollten abgegriffene Leer-Formeln künftig vermeiden und doch häufiger kontroverse Standpunkte darlegen. Sind Sie mit der Berichterstattung der DDR-Zeitungen und ihrem Obermaß an Eigenlob einverstanden?

**ANTWORT:** Wie hätten Sie es denn gern? Sollen wir, wider besseres Wissen, unser Licht unter den Scheffel stellen und unsere unbestreitbaren Erfolge in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens verschweigen oder gar verleugnen? Diese werden selbst in der BRD, wie sich dieser Tage auf der Leipziger Messe gezeigt hat, von Kreisen anerkannt, die in politischer Hinsicht keineswegs Freunde des Sozialismus sind.

**FRAGE:** ... Franz Josef Strauß und Lothar Spöth zum Beispiel.

**ANTWORT:** Im übrigen aber sind wir, wie es die Rede Erich Honeckers vor den I. Kreissekretären der SED oder die Rede Günter Mittags vor den Generaldirektoren der Kombinate deutlich sichtbar machten, sehr kritisch eingestellt. Wir haben nie Zweifel daran gelassen, daß noch große Aufgaben zu lösen sind, daß das Erreichte noch nicht das Erreichbare ist, daß noch in Ordnung gebracht werden muß, was noch nicht in Ordnung ist.

**FRAGE:** Als der sowjetische Generalsekretär voriges Jahr die DDR besuchte, wurde auf die früher üblichen Spalliere von Werktätigen am Straßenrand verzichtet. Ansonsten hat sich an den herkömmlichen Ritualen — Transparenten, Malousungen, Verleihung von Ehrenbannern und dergleichen mehr — wenig geändert. Das sind doch Relikte aus alten Zeiten, als Kommunisten noch um die Macht kämpften?

**ANTWORT:** Sie irren sich, wenn Sie behaupten, daß Spruchbänder und Losungen nur den Kommunisten eigen und Relikte vergangener Zeiten seien. Ich darf Sie daran erinnern, daß bei Ihnen erst unlängst Tausende von Bauern mit Spruchbändern und Losungen gegen das Bauernsterben in der BRD demonstrierten. In Oberhausen und Hattingen protestierten 60 000 Bürger mit Transparenten und Losungen gegen die Absicht des Thyssenkonzerns, Tausende Stahlarbeiter auf die Straße zu setzen.

**FRAGE:** Ein interessanter Systemvergleich.

**ANTWORT:** Freilich haben unsere Spruchbänder und Losungen einen völlig anderen Inhalt. Es sind keine bitteren Anklagen, sondern Friedenslosungen, Anerkennung für unsere sozialen Leistungen, Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb. Als Zeichen sichtbarer Anerkennung für außergewöhnliche Leistungen stehen bei unseren Werktätigen Ehrenbanner hoch im Kurs.

Wäre es nicht weitaus angebrachter, wenn Sie sich stärker über die Landsmannschaftsfahnen und Parolen der Revanchistenverbände entrüsten würden? Das sind wahrhafte Relikte vergangener Zeiten.

**FRAGE:** Trotz erweiterter Reise-möglichkeiten gibt es immer noch Zehntausende von DDR-Bürgern, die dieses Land auf Dauer verlassen möchten. Als Gründe nennen sie überwiegend Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen. Was

unternimmt die DDR-Führung, um die Ursachen dieser latenten Kritik zu beseitigen?

**ANTWORT:** Ich weiß nicht, woher Sie die Zahlen für ihre Feststellung beziehen. Es gibt Menschen, die, ohne selbst an der Gestaltung ihrer Heimat mitzuwirken, glauben, sich aus diesem oder jenem Grund für das gesellschaftliche System in einem anderen Staat entscheiden zu müssen.

**FRAGE:** Das klingt sehr nach dem Vorwurf der Drückebergerei.

**ANTWORT:** Für so manchen kommt die Ernüchterung, wenn er am eigenen Leibe verspürt, wie das so sehr gepriesene westliche System der „Freiheit und Demokratie“ wirklich aussieht. Natürlich gibt es auch Familien, die durch die Entwicklung getrennt wurden und wieder zusammenleben möchten. Wenn es sich dabei um berechtigte Wünsche handelte, haben wir dieses humanitäre Anliegen stets berücksichtigt.

Die Mehrzahl der Bürger der DDR ist stolz auf das, was sie in ihrem Staat geschaffen haben. Sie wollen in der DDR leben und arbeiten. Sie stimmen unserer Politik des Friedens, des wirtschaftlichen Wachstums, der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherheit zu. Ihr Engagement, ihre Leistungen sind Grundlage für das Vanschieben unseres Landes.

**FRAGE:** Stefan Heym hat kürzlich in einem Interview behauptet, in der Kulturpolitik der DDR gehe es derzeit „überordentlich liberal“ zu. Zwar dürften manche Schriftsteller nicht in der DDR publizieren, aber ihre Bücher würden im Westen gedruckt, oft sogar ohne Genehmigung. Trotzdem würden diese Künstler nicht behelligt. Entspricht diese Haltung einer neuen Toleranz oder eher dem Bemühen, publikumswirksame Kontroversen zu vermeiden?

**ANTWORT:** Es ist doch erfreulich, daß Stefan Heym zu einem solchen Urteil über unsere Kulturpolitik gelangt. Damit hat er selbst jenen westlichen Publizisten eine Abfuhr erteilt, die ständig die Kulturpolitik der SED und der DDR als starr und rückständig verleumdete, weil sie offenbar die bemerkenswerten Leistungen unserer Orchester und Solisten, unserer Schriftsteller und Künstler nicht verkraften können.

**FRAGE:** Führende Politiker aus beiden deutschen Staaten haben ihre Bereitschaft bekundet, die Zusammenarbeit zu erweitern und zu vertiefen. Welche Voraussetzungen müssen noch geklärt werden, um die wechselseitige Teilnahme von Generalsekretär Erich Honecker und dem Regierungschef Bürgermeister, Eberhard Diepgen, an den Feiern zum Berlin-Jubiläum zu ermöglichen?

**ANTWORT:** Was die DDR betrifft, so hat sie wiederholt betont, daß die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der BRD und Berlin (West) von großem Gewicht für ein Klima des Vertrauens und der Verständigung ist.

Wenn Sie die Berichterstattung über die Treffen während der Leipziger Messe aufmerksam verfolgt haben, werden Sie darüber informiert sein, daß es zur Teilnahme an der 750-Jahr-Feier vielfältige Gespräche gegeben hat. Die Dinge sind im Fluß. Ich möchte in diesem Stadium nicht auf Details eingehen.

**FRAGE:** Die geplante Reise von Herrn Honecker in die Bundesrepublik wurde mehrfach verschoben, weil sie nach hieriger Einschätzung mit zu großen politischen Risiken behaftet war. Ist jetzt — nach einer spürbaren Erwärmung der Ost-West-Beziehungen — der Weg für die Visite an Rhein und Saar endlich frei?

**ANTWORT:** Der Besuch an Rhein und Saar und auch in München wird dann stattfinden, wenn beide Seiten die Bedingungen und den Zeitpunkt für gegeben halten. Das sind Fragen, die — wie überall in der Welt — auf diplomatischem Weg geklärt werden müssen.

**FRAGE:** Zwei Verträge — über Umweltschutz und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit — sind von den beiden deutschen Regierungen praktisch bis zur Unterschriftsreife ausgehandelt worden. Wann werden die Beauftragten die Texte unterzeichnen?

**ANTWORT:** Die Verhandlungen sind tatsächlich so weit fortgeschritten, daß in absehbarer Zeit Vertragsabschlüsse möglich sind. Einige Teilprobleme bedürfen noch der Klärung. Dann wird man sich über den Termin für die Unterzeichnung verständigen. Die DDR ist bereit, möglichst bald Ergebnisse zu erzielen.

Portugalow, zum ersten vermerkt, daß in der DDR wie in der BRD Deutsche leben. Das ist eine unbestreitbare Tatsache.

**FRAGE:** Er sagt „Angehörige einer deutschen Nation“.

**ANTWORT:** Zweitens bleibt Herr Portugalow jedoch bei dieser Feststellung nicht stehen. Er fügt ein „aber“ an. Dahingehend: Aber... das Leben der Deutschen ist heute nur im Rahmen zweier unabhängiger und souveräner Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung möglich.

**FRAGE:** Kein Widerspruch also zur DDR-Staatsbürger-Theorie?

**ANTWORT:** Wo ist da ein Gegensatz, ein Widerspruch? Kein Politiker, kein Publizist, der ernst genommen werden möchte, kann doch bestreiten, daß im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung der deutsche Nationalstaat gespalten wurde. Übrigens nicht von den Kommunisten und Antifaschisten, sondern nach dem Adenauer-Credo der Reaktion „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“. Als einzig mögliche Antwort auf die Gründung des Separatstaates BRD schuf sich das werktätige Volk im Osten des Landes seinen eigenen souveränen Staat, die DDR. Und mit der grundlegenden Lösung der sozialen Frage wurde auch die nationale gelöst, begann sich auf der Grundlage der Arbeiter- und Bauern-Macht, sozialistischer Produktionsverhältnisse eine eigenständige, die sozialistische deutsche Nation herauszubilden.

**FRAGE:** So schnell geht das?

**ANTWORT:** Selbstredend handelt es sich hier um einen langen historischen Prozeß. Polemisiert Portugalow etwa dagegen, daß sich das Volk der DDR unter Führung der Arbeiterklasse zur sozialistischen deutschen Nation konstituiert hat? Ich finde davon kein Wort in seinem Artikel.

**FRAGE:** Das ist der Abschied des gebürtigen Schwaben Kurt Hager an die Wiedervereinigung?

**ANTWORT:** Es ist nicht möglich — wenn dies auch die „Trümmern“ ein gesamtdeutsches Kammen“ immer wieder versuchen —, den objektiven Unterschied zwischen der DDR als einem sozialistischen Staat und der BRD als einem kapitalistischen Staat zu verwischen; es ist nicht möglich, zwischen Sozialismus und Imperialismus eine Einheit herbeizuführen. Wohl aber sind unseres Erachtens die unterschiedlichen und gegenläufigen Prozesse der nationalen Entwicklung kein Hindernis für ein friedliches Neben- und Miteinander.

Damit komme ich zu Ihrer letzten Frage.

**FRAGE:** Wie bewerten Sie die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl?

**ANTWORT:** Die Erklärung von Bundeskanzler Kohl haben wir aufmerksam verfolgt. Was die innenpolitischen Fragen betrifft, so möchte ich mich dazu nicht äußern. Die Bewertung dieser Seite der Erklärung ist nicht unsere Angelegenheit.

Was die Außenpolitik betrifft, so verhält es sich etwas anders. Für uns ist es durchaus von Interesse, welche außenpolitische Linie der BRD, ein wichtiger NATO-Staat inmitten Europas, zukünftig verfolgt wird. Neben einer Reihe von Darstellungen, denen wir nicht folgen können, gibt es Erklärungen über den Willen der BRD zu Frieden und Abrüstung.

Ich halte es für bedeutsam, daß Bundeskanzler Kohl sich für Schritte zur Abrüstung ausspricht und auch die USA auffordert, die sich aus den Ergebnissen von Reykjavik ergebende Chance zu nutzen. Es ist auch zu begrüßen, daß er dafür eintritt, daß die USA und die UdSSR ein Abkommen über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen abschließen. Andererseits ist aber unverstanden, daß Herr Kohl verspricht, daß Michail Gorbatschow einen weltweit beachteten Vorschlag zur Lösung dieses Problems unterbreitet hat.

Man muß zu der Regierungserklärung auch sagen, daß sicher nicht nur wir in der DDR auf einige Feststellungen gewartet haben, welchen Beitrag die BRD selbst zur Verwirklichung von Abrüstungsschritten zu leisten gedenkt.

Was die Äußerungen über die Beziehungen zur DDR betrifft, so vermerken wir, daß auch die neue Regierung der BRD an einigen längst überholten Doktrinen festzuhalten gedenkt. Das ist bedauerlich. Es wäre längst an der Zeit, sich von Illusionen und unrealen Absichten zu trennen.

Wir haben natürlich auch die Feststellung von Bundeskanzler Kohl registriert, daß die BRD-Regierung auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung zwischen Erich Honecker und Helmut Kohl vom 12. März 1985 und auf der Basis des Grundlagenvertrages alle Anstrengungen unternehmen will, um die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in einem guten, offenen Klima weiterzuentwickeln. Dafür sei der politische Dialog auf allen Ebenen von großer Bedeutung. Praktische Taten in dieser Richtung werden in der DDR ein positives Echo finden.